

Auf Blatt 16 des hiesigen Reichsgenossenschaftsregisters, die **Einladungsgenossenschaft Merkur** **Hohenheim-Grünthal** und **Umgebung**, eingetragen **Genossenschaft mit beschränkter Haftung** in **Hohenheim-Grünthal** betreffend, ist heute eingetragen worden, daß das Statut abgeändert und die Gesamtsumme für jeden Geschäftsanteil eines jeden Genossen von zwei auf fünf-hundert Mark erhöht worden ist.

**Kantogerecht Hohenheim-Grünthal**, den 14. Juli 1920.

Dem Stadtrat ist eine beschränkte Anzahl **Spezialmarken** zugegangen. Es kann diesmal nur ein kleiner Teil der **Neumarkt** bedacht werden. Je zwei Haushaltungen können eine Marke erhalten. **Kranke und Wöchnerinnen** haben den Vorrang. **Ausgabe: Freitag, den 16. Juli 1920** vormittags 8—9 Uhr im Zimmer 3 des ehem. **Reinhardtbaus**. **Lebensmittelliste** ist mitzubringen.

**Hohenheim-Grünthal**, am 14. Juli 1920.

**Der Stadtrat.**

**Wiederkehr**, 1 Person 125 g = 1,25 Mk. 811—2100; **Neumarkt.**

**Kindernahrung** für Kinder bis 4 Jahre. 1—400; **Sauge, Zahnst., 401—650; Marke** **Dresdner Str., 2001—2650; Konsumverein. Lebensmittelliste C.** Es ist abzuschneiden **Marke A** von der roten und **Marke Z** oder **M 11** von der grauen Karte.

**Brotmarken-Ausgabe.** Die Brotmarkenausgabe erfolgt **Freitag, den 16. Juli d. J.** im nachstehender Reihenfolge: **Brom.** von 8—9 Uhr **Ortl.-Nr. 1—100, 9—10: 101—200, 10—11: 201—300, 11—12: 301—400, 2—3: 401—500, 3—4: 501—657.** **Ban** Vermeidung von Anbrang und die Seiten streng eingehalten. **Wer die Ausgabezeiten verkennt, kann die Brotmarken erst am Dienstag, den 20. Juli** von vormittags 8—9 Uhr im Rathaus — **Zimmer Nr. 2** — erhalten.

**Waren-Verkauf.** **Freitag, den 16. Juli** auf **Lebensmittelliste Abschnitt 5: 1/4 Pfd. Bohnen** für 55 Pfg., **1/4 Pfd. Erbsen** für 65 Pfg., **1/4 Pfd. Margarine** für 3,38 Mk., **1/4 Pfd. Marmelade** für 90 Pfg., **100 Gramm Werkzeuge** für 15 Pfg.

**Oberlungwitz**, am 15. Juli 1920. **Der Gemeindevorstand.**

Tage aufzulesen. Das ist bekanntlich nicht ge-fährlich — die nachträglichen Warschauer Vor-würfe werden uns also fallen dürfen.

Was aber wohl beachtet werden muß, das ist der Hinweis auf die große Wirkung der **Sinnberichtigten-Transporte**. Sie waren be-kanntlich das Wert des Schutzbundes und, da sie durch die „Grenzspende“ finanziert wurden, des ganzen opferbereiten Volkes. Das soll uns eine Lehre für Oberleser sein!

### Sperrung der Berliner Universität für Nichtstudenten.

Wie der „Berl. Lok.-Anz.“ erzählt, hat der Rektor der Berliner Universität auf Grund der Vorkommnisse am letzten Montag, wo es bei seiner Versammlung, in der Professor Nikolaï und der unabhängige Abg. Ledebour sprachen, zu Unruhen gekommen ist, sich ver-anlaßt gesehen, die Abhaltung irgendwelcher poli-tischer Versammlungen in der Universität über-haupt zu verbieten und die Hörsäle für Nicht-studenten zu sperren.

### Rein Strom in Berlin.

Die Kohlewirtschaftsstelle in den Marken teilt mit: Seit dem 13. Juli nachmittags ist infolge des Streiks zu Golpa die Liefe-rung des Fernstroms von Golpa her nach Berlin vollständig eingestellt. Infolge-dessen ist die Großindustrie Groß-Berlins in ih-rem Stromverbrauch wesentlich eingeschränkt worden. Der Betrieb der Straßenbahnen wird im Laufe des Tages ebenfalls zunächst um etwa 15 Pro-zent eingeschränkt. Ob noch weitere Einschrän-kungsmaßnahmen erforderlich sein werden, läßt sich ebenso wie die voraussichtliche Dauer der Stromeinstellung im Augenblick nicht übersehen.

### Deutsche Auswanderung nach Sowjet-russland.

Der erste Transport deutscher Auswanderer nach Sowjetrußland hat Steinitz verlassen, um auf dem Seewege Royal zu erreichen. Der Transport besteht aus 200 Männern, fast aus-schließlich Metallarbeitern und Bauhandwerkern. Die kleine Gruppe hat von der Sowjetregierung Nachricht erhalten, daß sie in der russischen In-dustriestadt Koloona, 120 Kilometer von Moskau entfernt, Quartier erhalten wird. In Koloona befinden sich Eisenbahnwerkstätten, in denen die deutschen Arbeiter Beschäftigung finden sollen. In den nächsten Tagen sollen mehrere Abteilungen von tausend Auswanderern nach Rußland abgehen, da die Reichsregierung jetzt nach längeren Verhandlungen Ausreisegenehmig-ungen in größerem Umfang erteilt hat. In den näch-sten Wochen wird eine deutsche Gewerkschafts-kommission nach Rußland begeben, um festzu-stellen, ob den Auswanderern entsprechende Ar-beits- und Unternehmungskonflikte gewährt wird.

### Die Rückwirkung der polnischen Verhält-nisse auf Danzig.

Die Rückwirkung der polnischen Verhältnisse auf die wirtschaftliche Entwicklung Danzigs macht sich in bedenklicher Weise bemerkbar. Dazu kommt, daß die leichtfertig aus-gesprochenen Gerüchte über einen angeblichen Ver-trag mit Polen, nach welchem Danzig ein Teil des polnischen Staates werden soll, in weiten Kreisen der Bevölkerung die größte Verwirrung hervorgerufen haben. Die kaufmännische und in-dustrielle Entwicklung, besonders auch soweit sie die Danziger Werften betrifft, hat unter diesen Gerüchten ungeheuer zu leiden. Zahlreiche Ge-schäftsverbindungen werden abgebrochen. Die Danziger Stadtkasse, die als bestes Papier galt, ist von 101 auf 90 gefallen; die Steuerlast der Stadt steigt ins Ungeheure. Es ist dringend zu wünschen, daß mit aller Entschiedenheit darau-f hingewiesen wird, daß die Gerüchte über eine Ein-verleibung Danzigs in den polnischen Staat völ-lig unbegründet sind, da diese den Bestimmungen des Friedensvertrages widersprechen würde.

### Die Russen auf dem Marische nach Warschau.

Einer Meldung aus Spa zufolge teilt ein von der Front entfloherener hoher englischer Offizier mit, das Zentrum der polnischen Front sei durchbrochen, der linke Flügel vollkommen um-gangen, der rechte beinahe ebenfalls. Die Rus-sen müssen spätestens in Wochenfrist in War-schau einmarschieren.

Die Flucht aus Polen nimmt täglich größeren Umfang an. Insbesondere sind es junge Leute, die der Einreihung in das Heer dadurch entgehen wollen. Von polnischer Seite ist der Grenzübergang bedeutend erschwert worden.

### Grabstills Erfolge in Spa.

Wie aus Warschau vom 14. d. S. gemel-det wird, wurde Ministerpräsident Grabstills gestern abend aus Spa zurückgewandert. Sofort nach seiner Ankunft sollen unter dem Vorsitz des Staatschefs Biludski Beratungen über das Lan-desverteidigungsgesetz stattfinden. Ueber die in Spa von Grabstills erzielten Ergebnisse schweigt das Ministerium des Auswärtigen. Von privater Seite will man wissen, daß Lloyd George bereit sei, einen starken Druck auf Moskau auszuüben, unter der Bedingung, daß Polen auf Danaburg, Wilna, Minsk, Podoles und Wolhynien verzichtet und daß sich Polen seine ethnographische Ostgrenze zurückzieht. Ueber das Geschick der Ukraine und Ostgalizien soll in Spa mit Grabstills nicht verhandelt worden sein.

„Times“ melden, daß der Sowjetregierung sieben Tage Zeit gegeben werden, um auf die am letzten Sonnabend telegraphierte Note der englischen Regierung, betreffend den War-senistillstand mit Polen, zu antworten. Die Antwort Moskaus wird nicht vor Freitag erwartet.

### Die Friedensnote Tschitscherins.

Die sofort nach ihrem Einlaufen in Lon-don an Lloyd George nach Spa übermittelte Friedensnote der russischen Sowjets lautete: Um dem Wunsche der britischen Regierung zu entsprechen und zum Zwecke eines baldi-gen Friedensschlusses zwischen Rußland und Großbritannien nimmt die Sowjet-regierung die im Memorandum der Alliierten, das am 1. Juli von der britischen Regierung dem Präsidenten der russischen Delegation Krassin übergeben wurde, aufgestellten Grundsätze an, die als Grundlage dienen sollen für ein Abkommen zwischen Rußland und Großbritannien. Dieses Abkommen soll Gegenstand von Verhandlungen sein, die unverzüglich zwischen den beiden Regie-rungen eingeleitet werden sollen. Die Sowjet-regierung nimmt an, daß der von der britischen Regierung aufgestellte Plan in der Weise auf-gefaßt werden soll, daß er einen Waffenstill-standszustand zwischen Rußland und Großbritan-nien herstellt, und sie teilt die Hoffnung der britischen Regierung, daß dieser Waffenstillstand der Weg zu einem endgültigen Frieden öffnen werde. Gleichzeitig protestiert die Sowjetregie-rung gegen die der Wahrheit zuwiderlaufende Behauptung betreffend angeblich von Sowjet-rußland gegen das britische Reich gerichteten An-griffen. Die russische Regierung erklärt nochmals, daß Rußland in seinen Beziehungen mit Groß-britannien nur den Frieden wünscht.

### Sächsische politische Mitteilungen.

#### Eine Entscheidung des Arbeitsministeriums über Arbeitereinstellungen.

Dem Arbeitsministerium ist kürzlich auf Grund eines bestimmten Falles folgende Frage zur Entscheidung vorgelegt worden: „Ist es bei Wiederbesetzung des Geschäfts-betriebes erforderlich, die alten Arbeiter wieder einzustellen, und weiter mit verkürzter Arbeitszeit zu arbeiten, oder kann mit den noch vorhandenen Arbeitern die Arbeitszeit im Betriebe heraufgesetzt werden?“

Ueber die Beantwortung dieser Frage bestand bisher eine große Meinungsverschiedenheit. Der größte Teil der Arbeitnehmerschaft stellte sich auf den ersten Standpunkt. Kummer hat das Ar-beitsministerium wie folgt entschieden und der Rechtsunsicherheit ein Ende gemacht: „Es steht zur Frage, ob der Arbeitgeber die wegen Ar-beitsmangels auf wöchentlich 24 Stunden her-abgesetzte Arbeitszeit wieder auf die normale Ar-beitszeit heraufsetzen kann, ohne zunächst die vor-heraussetzung der Arbeitszeit wegen Arbeitsman-gels entlassenen Arbeiter wieder einzustellen. Die Frage ist zu bejahen. Eine Verpflichtung des Arbeitgebers zur Neueinstellung der wegen Arbeitsmangels entlassenen Arbeiter besteht nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht. Das Ar-beitsverhältnis ist durch die rechtsmäßige Ent-lasung endgültig gelöst und eine rechtlich gesicher-te Erwartung der entlassenen Arbeiter auf Wieder-einstellung nach Vermehrung der Arbeitsgelegenheit besteht weder nach dem

Geetz noch nach der Demobilisierungs-Berord-nung. Es darf aber erwartet werden, daß die Arbeitgeber auch ohne derartige Verpflichtungen gegenwärtigen Verhältnissen, die eine Ent-lasung des Arbeitsmarktes dringend verlangen, Rechnung tragen werden, soweit es die Verhält-nisse ihres Betriebes irgend gestatten.

#### Aufruf des Ministerpräsidenten an Lebens-mittel-Demonstranten.

Der sächsische Ministerpräsident Bud ver-öffentlicht einen Aufruf, worin auf die Schwie-rigkeiten der Lebensmittelver-fergung und auf die Maßnahmen zur Be-hebung der Not hingewiesen wird. Am Schluß heißt es:

„Die Regierung ist aber im Interesse der Aufrichterhaltung der Ernährungsmöglichkeit ver-pflichtet, gegen Ruhestörungen und Ge-walttätigkeiten mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln vorzugehen. Die Allge-meinheit darf unter dem Terror demagogisch Ver-führer nicht leiden. Die Verantwortung für die Folgen eines energischen Vorgehens gegen Störer unseres Wirtschaftslebens tragen diejeni-gen, die die Notlage der Bevölkerung zu Ver-anstaltung von Ruhesten und Unruhen im Interesse ihrer egoistischen Sonderbestrebungen mißbrauchen.“

#### Der Bergarbeiterstreik in Zwickau

scheint im Aoklaun begriffen zu sein. An-scheinend gewinnt die bessere Einsicht langsam wieder die Oberhand. Die Feindschaft der Wil-helmshütte hat schon am Dienstag wieder ge-arbeitet und ist auch Mittwoch früh eingelehrt. Sie hatte in einer Versammlung am Montag eine Entschlieung angenommen, die besagt, daß die Feindschaft nicht gewillt ist, sich von ge-wissenlosen Elementen aufzulösen zu lassen. Auf den Brüderberggeschächtern arbeiten zwei Drittel der Belegschaft wieder, auf den Bürgergeschäch-tern ein Drittel. Voll gestreikt sind nach den Schichten des Erzgeb. Steinföhren-W., bei Arntsch und Vereinigoll.

Am Mittwoch soll in Zwickau unter Teil-nahme eines Regierungsvertreters eine Konfe-renz zwecks Beilegung des Streiks abgehalten werden.

Im Lugau Delsnitzer Revier wird nicht gestreikt. Dort wurde vielmehr die Arbeitsniederlegung allgemein abgelehnt.

#### Reformvorschlüge der Regierung für die Leipziger Universität.

Wie nachträglich bekannt wird, hat ein Mitglied des sächsischen Kultusministeriums in-teressante Reformgedanken für die Leipziger Universität vor den Mit-gliedern des Haushaltsausschusses entwickelt. Danach sollen die Nichtordinarien an den Fakul-täten Stk und Stime haben. Auch die Stu-denten sollen durch ihre Vertreter dazu herange-zogen werden. Ferner sollen die Studenten auch an der Rektoralwahl beteiligt werden, da der Direktor der Vertrauensmann aller Universitäts-mitglieder sei. Das Stibutenrecht soll neu ge-regelt werden und die Studenten sollen auch an der Verwaltung teil haben. Ein Teil der Pro-fessoren, die hohe Kolleggeld-Einnahmen haben, haben auf einen Teil ihrer Einnahmen zugun-sten der schlecht bezahlten Dozenten verzichtet. Für die schlecht bezahlten Privatdozenten sollen Assistenzstellen geschaffen werden, doch erhal-ten diese Assistenzstellen nicht Beamten-Charakter. Auch die Lehungen sollen besser bezahlt werden. Es ist in Aussicht genommen worden, ein Studentenheim in Leipzig zu gründen. In das Studentenheim soll mehr Planmäßigkeit ge-bracht werden. Die Ordnung wird besonders durch das Stif-tungsweesen erschwert. Ganz be-sonders interessant ist der Plan der Regierung, bei Berufung eines neuen Dozenten ein Gut-achten eines Fachauschusses einzuholen. Da-durch hofft man dem Claqueunwesen zu steuern.

#### Schwere Lebensmittel-demonstrationen in Dresden.

Die Lage in Dresden wird immer kritischer. Von bloßen Kundgebungen gegen die hohen Preise und von „Revision“ und „Verabfolgungen“ namentlich der Preise für Obst sind die Kundgeber am Mittwoch nunmehr dazu übergegangen, Lebensmittel mehr oder minder gewalttätig zu erfassen. Am Dienstag war ver-einbart worden, daß die nächsten Lebensmittel mit etwa 50 Proz. Nachschuß an die Erwerbs-losen und Minderbemittelten verteilt werden soll-ten. Die Ausdehnung dieser Maßnahme auf alle Personen mit Einkommen bis zu 2.000 Mk jährlich wurde angekündigt. Aber die Er-werbslosen, die hauptsächlich die Führer bei den Kundgebungen sind, begnügten sich damit jetzt nicht mehr, sondern verlangten am Mittwoch Herausgabe von Lebensmitteln auch von den Kleinhandlern, unmitttelbar. So mußte eine Konditerei kondensierte Milch an Frauen heraus-geben, der Bäcker einer anderen Konditerei Kreuzbrot gab ebenfalls kondensierte Milch für 50 Pfg. die Milch und Eier für 80 Pfg. das Stück an die Erwerbslosen ab. Das Cafe König mußte Mehl und Zucker zum Preise von je 2 Mark verlaufen. Die „Kommunisten“ drangen auch in Lebensmittelgeschäfte ein, auch hier muß-ten die Inhaber mit höfropentlicher Ermahnung verlaufen. Fett konnten die Erwerbslosen zum Beispiel für 12 Mark das Pfund beziehen. Zahlreiche Geschäfte hatten rechtzeitig geschlossen.

#### An die Laternen!

Urges Mißgeschick ist einem besonders radikalen Dresdner Stadtverordneten zu Teil ge-worden, dem Unabhängigen Bösch, der in der Sitzung immer der erste war. Bei den jetzigen Lebensmittelknappungen machte er als Mitglied des Ernährungsbeirates verschie-dene Vorschläge zur Beilegung des jetzigen Not-standes, lagt nun aber in der Dresdner „Unabh. stehe dem Antrag sympathischen gegenüber

Belegschaft“ Stein und Bein darüber, daß die Menge seinen Vorschlägen nicht näher gezeien sei, ihn vielmehr niedergebügelt und mit den aller-größten Beleidigungen bedacht habe. Gerade ausgerechnet ich, so schreibt Bösch schlußend, sollte „an den Laternenpfahl!“ Weiter erklärt er: Am Dienstag vormittag zeigte sich, daß eine heillose Begriffsverwirrung bei Vorsitzern der Demosfranten vorhanden war, und als ich wenigstens das Unerklärteste fortrigieren wollte, wurde ich in einer durchaus unschönen Weise mit Redensarten bedacht.“ Zum Schluß erklärte Bösch, er habe Gelegenheit gehabt, Betrachtun-gen über die grenzenlose Unreise eines Teiles der Bevölkerung anzustellen.

### Sächsische Volkstammer.

137. Sitzung.

Dresden, 14. Juli.

Die auf der Tagesordnung stehende „Anze-Verträge“ wird im Einverständnis mit Regierung und Antrager von der Tagesordnung abgelehnt. Abg. Müller-Zwickau (Soz.) erstattet den mündlichen Bericht des Haushaltsaus-schusses A über das Kapitel Staats-eisenbahn- und des Reichsbahngesellschaftsberichts des Staatshaushaltes 1916/17, sowie über Kapitel 16 des ordentlichen Staatshaushaltsplanes für 1920 — Verkehrsunternehmungen —, das mit 12 290 000 Mark Einnahmen und 13 181 000 Mark Aus-gaben abschließt. Die Kammer stimmt beidem Kapiteln zu.

Für die Einrichtung von staatlichen Kra-ftwagenlinien und Beteiligung an nichtstaatlichen Kraftverkehrsunternehmungen werden nach dem Bericht des Abg. Bauer (Soz.) 4 200 000 Mk. genehmigt, für die elektrische Straßenbahn Dres-den—Blaun bis Deuben unter Verlängerung bis Sainsberg die Ergänzungsforderung von 623 000 Mark, für die Fortführung der elektrischen Straßenbahn Dresden—Körschenbroda bis Zitzschewitz 115 000 Mark. Für erheblichere Er-gänzungen und Erneuerungen an den staatlichen Straßenbahnen sind 1 300 000 Mark in den Staatshaushalt eingestell und von der Kammer einstimmig bewilligt.

Kapitel 4 des ordentlichen Staatshaushaltes weist für die Kohlenfelder-Oberflächen 518 800 Mark Einnahmen und 842 100 Mark Ausgaben auf; nach dem Bericht des Abg. Dr. Kietz-hammer (Deutsche Volksp.) stimmt die Kam-mer zu, ebenso den Ueberschreitungen beim Kap-itel 19 — Steinföhrenwert zu Zanderode — (Ver-richterkammer Abg. Krause-Zwickau (Soz.).

Abg. Dr. Eckardt (Deutschnat. Vp.) er-stattet die Berichte des Haushaltsausschusses B zu Kapitel 10 und 12 des Reichsbahngesellschaftsberichts über den Staatshaushalt für 1916/17 — Braun-föhrenwert zu Leipzig — staatliche Braunkohlen-werke — die ebenfalls nur Ueberschreitungen be-tragen, sowie über Kapitel 9 des ordentlichen Staatshaushaltsplanes für 1920 — staatliche Koh-lenwerke — das in Einnahme mit 46 200 000 Mark abschließt und in Ausgabe mit 31 984 500 Mark.

Finanzminister Dr. Reinhold stellte die Einführung der kaufmännischen Buchführung bei den staatlichen Betrieben für absehbare Zeit in Aussicht.

Abg. Schwager (Dem.): Es scheint im Hinblick auf die Berichte des Haushaltsausschusses B nicht der möglichste hohe Gewinn aus-geschlagener Momente. Ebenso sei seine Partei gegen jede Gewinnbeteiligung von Beamten und Arbeitern.

Die Kammer genehmigt die Ueberschreitungen nachträglich, ebenso die zu Kapitel 11 des Reichs-bahngesellschaftsberichts über 1916/17 — staatliche Hütten-werke zu Freiberg. Das Kapitel dieser Werke im Staatshaushalt für 1920 schließt mit 22 057 000 Mark Einnahmen und 13 390 000 Mark Aus-gaben und findet ebenfalls die Zustimmung der Kammer.

Abg. Krause-Chemnitz begründet sodann den Antrag auf Wiedereinstellung entlassener Arbeiter. Der Redner beantragt sofortige Schlußberatung.

Abg. Dr. Eckardt (Deutschnat. Vp.) er-kennt an, daß der Antrag gut gemeint sein möge. Er stelle aber in der Praxis ein zweischneidiges Schwert dar. Die Erwerbslosen-Fürsorge werde auf die Industrie und die Verbraucher abge-wälzt. Es werde eine einseitige Bindung des Arbeitgebers, ein Ausnahmegesetz gegen diese. Einen vollwirtschaftlichen Nutzen könne man sich davon nicht versprechen. Zum mindesten müsse man im Anschluß eingehend darüber beraten.

Abg. Dr. Kietzhammer (Deutsche Vp.): Der Antrag bringe eine Belastung unserer Volkswirtschaft, gegen die man die schwersten Beden-ken erheben müsse. Er führe nur dazu, den Un-tüchtigen die Stellen freizuhalten, während die Tüchtigen forgingen. In welcher Reihenfolge sollten ferner die Einstellungen erfolgen wenn der B. von 50 Entlassenen nur 20 wieder ein-gestellt werden könnten? Nur dem Antrag werden die Interessen der Untüchtigen vertreten. Deshalb lehnen seine politischen Freunde den Antrag ab. Abg. Dr. Barge (Dem.): Seine Partei stehe dem Antrag sympathischen gegenüber